

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

MLPD

Der längste Krieg der NATO - Zehn Jahre Afghanistan-Desaster

Am 7. Oktober 2001 begann der militärische Angriff des US-Imperialismus und Großbritanniens, der seit 11. August 2003 unter Führung der NATO steht, mit der Beteiligung von bis zu 42 Ländern. Von den hehren Kriegszielen, die seitdem unter anderem auch von den beteiligten deutschen Regierungen behauptet wurden, ist nichts übrig geblieben. Da war die Rede von der Verteidigung der „Menschen- und Frauenrechte“, von „Demokratie“, die man dem afghanischen Volk bringen wollte, von „Aufbauhilfe“ und „Stabilisierung“. Insbesondere für die afghanische Bevölkerung ist die Bilanz katastrophal.

Der grandiose Erfolg der demokratischen „Aufbauhilfe“ ist unübersehbar: mittlerweile sind 61 Prozent der Einwohner chronisch unterernährt, die Lebenserwartung ist auf 43,1 Jahre und die Alphabetisierungsrate bei den Erwachsenen von 26,7 auf 23,5 Prozent gefallen. Neue, frauenfeindliche Gesetze wurden verabschiedet. Die Frauensterblichkeit ist an erster Stelle in der Weltrangliste und die Selbsttötungsrate von Frauen war noch nie so hoch. Mindestens 70.000 Todesopfer hat dieser Krieg nach vorsichtigen Schätzungen des „Bundesausschusses Friedensratschlag“ bereits gefordert. Davon sind etwa die Hälfte Zivilisten, Frauen, Kinder, Jugendliche. Der angebliche Aufbau der „Demokratie“ nach westlichem Vorbild hat manipulierte Wahlen und eine Regierung gebracht, die 60 Prozent des afghanischen Volkes als die korrupteste der letzten 20 Jahre betrachten. Willkürlich werden Männer und sogar Kinder aus ihrem Heim gekidnappt, gefoltert und ermordet. Die brutale Gewalt, mit der die Besatzertruppen Widerstandskämpfer verfolgen, sei unbeschreiblich, berichtete der afghanische Politikwissenschaftler Professor Mohamed Daud Miraki bereits 2008 bei der 8. Tagung des UN-Menschenrechtsrats in Genf. Die in den letzten Jahren mehr und mehr systematisch umgesetzte „Counter Insurgency Strategy“ („Strategie der Aufstandsbekämpfung“) zielt vor allem auf die Liquidierung der antiimperialistischen und revolutionären Kräfte in Afghanistan. Die Masse der Bevölkerung will, dass die verhassten Besatzer so schnell wie möglich verschwinden, und unterstützt den Widerstand.

Um den weiteren Verbleib der Besatzungstruppen zu rechtfertigen, wird behauptet, ein sofortiger Abzug würde die Lage noch viel schlimmer machen. „Das Land würde sich in

einen Strom aus Blut und Flüchtlingen verwandeln“, behauptet der „Kölner Stadtanzeiger“ (10. 10. 11). Das Szenario vom drohenden „Chaos“ in Afghanistan soll verunsichern und verhindern, dass aus der breiten Ablehnung des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan (von bis zu 80 Prozent in verschiedenen Umfragen) ein aktiver Widerstand für den sofortigen Abzug aller ausländischen Truppen wird.

Ströme aus Blut und Flüchtlingen

Es sind die imperialistischen Besatzer, die mit ihrem Krieg unbeschreibliche und nicht wieder gutzumachende Schäden in Afghanistan anrichten.

Der Einsatz teils unbekannter Waffen sowie von DU-Bomben (verharmlosend von „depleted uranium“, deutsch „abgereichertes Uran“) bewirkt eine zunehmende Deformation und Vergiftung der Natur und der Menschen. Professor Miraki berichtete, dass ganze Landstriche auf Dauer unbewohnbar geworden sind. Die Menschen dort leiden unter schrecklichen Krankheiten. Krebstote und Neugeborene mit schweren Missbildungen haben dramatisch zugenommen.

Die Masse des Mülls der US-Besatzer wird in 114 offenen Müllverbrennungsgruben verbrannt: Handys, Computer, Plastik, Textilien, Motorräder, Essensreste und die Fäkalien. Die giftigen Abgase verursachen unmittelbar Atemwegserkrankungen und langfristig unkalkulierbare Schäden durch Ultragifte wie Dioxin.

Der Widerstand in Afghanistan stemmt sich gerade gegen das bereits herrschende imperialistische Chaos und gegen die Ursachen der längst vorhandenen Ströme aus „Blut und Flüchtlingen“.

Alle reden von Abzug ...

Seit mehreren Jahren wird nun offiziell der Abzug der imperialistischen Truppen aus Afghanistan vorbereitet. Dem diente auch die US-Kommandoaktion zur Tötung des „Topterroristen“ Osama Bin Laden, der als Vorwand für den Einmarsch in Afghanistan herhalten musste und dessen Aufenthaltsort den US-Geheimdiensten lange bekannt war.

Angesichts des unbeugsamen Widerstands des afghanischen Volkes ist der Krieg auch militärisch nicht zu gewinnen. Im April gab es Massendemonstrationen von Zehntausenden in mehreren Städten des Landes, die durch die Aufstandsbewegungen in den arabischen Ländern beflügelt wurden. Die Besatzungstruppen wagen sich nur noch mit stärkster Absicherung aus ihren Militärstützpunkten heraus. Die Zahl der bewaffneten Zusammenstöße zwischen den westlichen Truppen und dem afghanischen Widerstand nahm von 1.750 im Jahr 2005 kontinuierlich auf rund 19.500 im Jahr 2010 zu (Studie der Linksfraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament).

Aber auch international und vor allem in den USA reißen die Proteste nicht ab. Zum zehnten Jahrestag des Beginns der Besetzung Afghanistans demonstrierten Tausende von Menschen in vielen Städten der USA. Die Verbindung von Friedenskampf und sozialen Kämpfen wird immer enger. Das zeigen Forderungen wie „Geld für Jobs und Bildung, nicht für Krieg und Konzerne“, die auch in den Massenprotesten der „Occupy Wall-Street“-Bewegung zu hören sind (siehe S. 8 und S. 25). Die kriegführenden Regierungen isolieren sich zunehmend.

Zudem verschieben sich die Kräfteverhältnisse zwischen den imperialistischen Mächten. Neue Brennpunkte der Rivalität wie Libyen bewirken eine Verzettelung der militärischen Kräfte. Nicht zuletzt treiben die Kriegskosten die bestehende immense Staatsverschuldung der beteiligten imperialistischen Länder zusätzlich in die Höhe. Eine Studie von Wissenschaftlern der Brown University in Providence beziffert die Kriegskosten allein der USA für Afghanistan, Irak und Pakistan zusammen auf die unvorstellbare Summe von vier Billionen Dollar.

Gleichzeitig wollen die US- und europäischen Imperialisten die Ausplünderung der vielen wertvollen Rohstoffe des Landes und den geostrategisch wichtigen Vorposten in Afghanistan unbedingt aufrechterhalten. Deshalb wird medienwirksam über einen „kompletten Abzug“ bis 2014 verhandelt, obwohl die USA auch nach 2014 Zehntausende Soldaten (von bisher ca. 100.000) in Afghanistan belassen wollen. Ein Sprecher des Berliner Außenamts betonte, dass auch „die Bundeswehr von 2015 an weiter eine Rolle in Afghanistan spielen“ soll.

Perspektive der Selbstbefreiung

Der bewaffnete Widerstand in Afghanistan ist noch weitgehend zersplittert und nicht mit einer das ganze Land erfassenden Aufstandsbewegung verbunden. Das wird erschwert durch die nach wie vor herrschende rigorose Unterdrückung revolutionärer, marxistisch-leninistischer Kräfte sowie deren relative Schwäche. Dem Sozialismus zu einem neuen Ansehen zu verhelfen, erfordert gerade in Afghanistan die Verarbeitung der negativen Erfahrungen, die die Massen mit der Besetzung durch die bürokratisch-kapitalistische und sozialimperialistische Sowjetunion von 1979 bis 1989 gemacht haben.

Nicht zufällig herrscht dort eine strikte Medienzensur hinsichtlich des „arabischen Frühlings“. Die Herrschenden haben Angst vor der Ausstrahlung der demokratischen Aufstandsbewegungen im Mittelmeerraum und den arabischen Ländern. Beweisen sie doch, dass die Massen sehr wohl in der Lage sind, ihre Kämpfe und ihr Leben selbst zu organisieren – mit Protestcamps auf den zentralen Plätzen der Städte, Strukturen zur demokratischen Beratung oder Bürgermilizen gegen faschistische Terrortruppen und Plünderer. Die Erfahrungen, die die Menschen derzeit unter anderem in Ägypten mit der Farce der versprochenen Parlamentswahlen und erneuter blutiger Unterdrückung durch die Militärregierung machen, zeigen aber auch, dass die Aufstandsbewegungen zu antiimperialistischen Revolutionen unter der Führung marxistisch-leninistischer Parteien höherentwickelt werden müssen. „Nur auf dem sozialistischen Weg der nationalen Befreiung können die berechtigten Wünsche der Massen nach nationaler Selbstbestimmung erfüllt werden. Die Erringung der staatlichen Souveränität ist Voraussetzung der sozialen Befreiung; erst wenn die imperialistische Vorherrschaft beseitigt ist, kann der proletarische Klassenkampf zum Sturz der bürgerlichen Klassenherrschaft und zum Aufbau des Sozialismus führen.“ („Morgenröte der internationalen sozialistischen Revolution“, S. 526)

Dazu trägt die ICOR („Internationale Koordinierung revolutionärer Parteien und Organisationen“) bei, in der auch afghanische Marxisten-Leninisten Mitglied sind. Zur Stärkung der ICOR und ihrer Mitgliedsorganisation MLPD bietet die derzeitige breite Spendensammlung gute Gelegenheiten. Sie sollte auch genutzt werden für die Organisierung der Solidarität mit dem afghanischen Volk und die Höherentwicklung des aktiven Widerstands für den sofortigen Abzug aller Truppen aus Afghanistan. (sw)

Beobachtungen in Afghanistan, Von Matin Baraki

Das afghanische Jahr 1389 (21. März 2010 bis 20. März 2011) hat blutig begonnen und ist noch blutiger zu Ende gegangen. Am stärksten betroffen war die Zivilbevölkerung. Es gab keinen Tag, an dem es keine Toten gegeben hätte. Allein innerhalb von drei Tagen sind insgesamt 140 Menschen Opfer des NATO-Krieges geworden. Am 20. Februar 2011 wurden in der nordöstlich gelegenen Provinz Kunar mehr als 70 Zivilisten durch einen gemeinsamen Kampfeinsatz von afghanischen und Nato-Militärs getötet. Die Hälfte der Opfer waren Kinder unter 13 Jahren. Außerdem wurde eine sechsköpfige Familie ausgerottet. Am selben Tag gab es in der ost-afghanischen Stadt Jalalabad 36 Tote und 48

Verletzte, angeblich durch ein Selbstmordattentat. Am 21. Februar 2011 wurden aus dem deutschen Besatzungsbezirk Kunduz 38 Tote und 41 Verletzte gemeldet. Am 24. Februar 2011 starben fünf Zivilisten in der Provinz Kapisa nördlich von Kabul durch NATO-Bomber. Neun Kinder wurden am 2. März 2011 in Kunar beim Holz sammeln aus einem US-Hubschrauber gezielt erschossen. Deutsche Soldaten haben am 10. März 2011 in Kunduz eine Frau erschossen und eine weitere verletzt.

Während General Tommy Franks, ehemaliger Oberkommandierender der US-Streitkräfte im Nahen Osten, keine Toten gezählt haben will, geben die Vereinten Nationen die Zahl der Toten für die vergangenen beiden Jahre (2009 und 2010) mit 5.047 und die der Verletzten mit 11.180 an. Die afghanische Bevölkerung geht von drei- bis viermal so vielen Opfern aus. Da es kaum eine Familie gibt, die kein Opfer zu beklagen hat.

Bei einer Demonstration von hunderten Menschen in Kunar wurde die NATO als Terrororganisation bezeichnet. Auch in Kabul demonstrierten über 500 Menschen, die die Bilder der neun getöteten Kinder trugen. „Tod Amerika, Tod den Invasoren“, „wir wollen keine Besatzungstruppen“, skandierten die Demonstranten. Nicht ohne Grund schweigen die afghanischen Medien über die Revolten in den arabischen Ländern. Weil sie auch in Afghanistan einen Aufstand des Volkes befürchten.

Würden die Menschen in den NATO-Ländern ein Viertel dessen wissen, was die westliche Soldateska am Hindukusch verursacht, könnte, so meine Überzeugung, eine Antikriegsbewegung wie in der Zeit des US-Krieges gegen Vietnam entstehen.

Obwohl der Widerstand sich zu dem Selbstmordattentat vom 20. Februar 2011 bekannt hat, so glauben dennoch inzwischen immer weniger Afghanen an die Selbstmordattentate als Taten der islamisch geprägten Opposition, die unter dem Oberbegriff Taleban subsumiert wird. Die Selbstmordattentate seien eher von der NATO initiierte Mordtaten, die dem Widerstand in die Schuhe geschoben werden, um diesen zu isolieren.

Die afghanische Realität steht in diametralem Widerspruch zu der Wiederaufbaupropaganda der kriegführenden Länder. In 40 Prozent Afghanistans hat die UNO keinen Zugang zu den Menschen, berichtete der Sonderbotschafter des UN-Generalsekretärs für Afghanistan, Staffan de Mistura. Im Ort Mangan in der westlichen Provinz Badghis gibt es weder Schulen noch sauberes Trinkwasser. Die Menschen trinken gespeichertes Schneewasser. Ein 70-Jähriger erzählte, er hätte die Provinzhauptstadt Badghis nie gesehen. Im Bezirk Schahrak der westlichen Provinz Ghor leben Menschen wie in der Urzeit. Sie kennen weder Obst noch Tomaten, berichtete Oberst Ahad. In der afghanischen Hauptstadt Kabul wurde bei Kindern eine dramatische Zunahme von Leukämie festgestellt. Dies wird als Folge der Bombardierungen durch die US- und britische Luftwaffe bei der Vertreibung der Taleban im Jahr 2001 angesehen. Dazu kommt noch die enorme Luftverschmutzung in Kabul, die den Menschen die Luft zum Atmen nimmt.

Gott schütze dich vor der afghanischen Verwaltung, vor der Polizei, vor allem vor den Gerichten, wünschte mir Ahmad Farid noch. Die Richter predigen offiziell zwar Recht, aber ohne „Bakschisch“ täten sie nichts, erzählte der Geschäftsmann, wobei er tief seufzte. Diese Geschichte hatte er mir schon einmal erzählt. Er kann sich aber immer noch nicht beruhigen und schreit fast: mein Gott, was ist das für ein Land, in dem wir leben?

Wir leben nicht in Afghanistan, sondern in „Tschuristan“, d. h. ein Ort des Raubes, meinte Ahmad Farid. Eine Handvoll vom Ausland eingesetzte korrupte und kriminelle Elemente fällt über das im Elend vegetierende Volk her und raubt ihm noch das letzte Hemd bzw. saugt ihm den letzten Blutstropfen aus. Dabei nennen sich diese Leute auch noch die afghanische Regierung.

„Aus Protest muss Massenprotest werden“,

„Rote Fahne“-Interview mit Tobias Pflüger, Mitinitiator und im erweiterten Vorstand der Informationsstelle Militarisierung e.V., zu zehn Jahren Bundeswehreinsatz in Afghanistan

Frage: Bekanntermaßen jährt sich jetzt der Einmarsch der Bundeswehr in Afghanistan zum zehnten Mal. Welche Bilanz ziehen Sie hierzu und zum Kampf der Friedensbewegung dagegen?

Zum einen ist es so, dass die Bundeswehr selbst in der Zeit wesentlich verändert wurde. Hin zu einer Armee – wie es ja offiziell jetzt auch heißt – im Einsatz. Und der Einsatz in Afghanistan ist inzwischen praktisch strukturbildend für die gesamte Bundeswehr geworden. Die Teilnahme der Bundeswehr an diesem Krieg wurde insbesondere durchgeführt, um Deutschland auf der Weltbühne voranzubringen und geopolitisch mitzuspielen. Zum Krieg selbst, wie die Bundeswehr in Afghanistan agiert, ist es offensichtlich, dass das, was damals gesagt wurde, nämlich Aufbau und so weiter, gescheitert ist. Nichtsdestotrotz haben aber sämtliche Bundesregierungen, ob Rot-Grün, Schwarz-Rot oder Schwarz-Gelb diesen Militäreinsatz durchgeführt und jeweils mit großen Mehrheiten durchs Parlament gebracht. Was wir als Antikriegs- und Friedensbewegung machen müssen, ist, zu versuchen, dem – deutlicher als bisher – Protest und Widerstand entgegen zu setzen und da sind die Proteste in Petersburg im Dezember ein sehr wichtiger Termin, um deutlich zu machen, das alles, was gesagt wurde – dass man Demokratie nach Afghanistan bringen würde, dass man den Menschen dort helfen würde, offensichtliche Lügen sind. Da waren es insbesondere Gruppen der Friedensbewegung, die dem von Anfang an sehr klar etwas entgegengesetzt haben. Gleichzeitig ist es so, dass es uns nicht gelungen ist, den Protest seitens der Bevölkerung, der ja zweifellos vorhanden ist, zu einem Massenprotest werden zu lassen. Das sind natürlich beides Aufgaben, die nach wie vor auf der Tagesordnung stehen.

Frage: Wie bewerten Sie die Verlautbarungen der Bundesregierung zu einem Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan im Hinblick darauf, dass die Aufstandsbekämpfung dort gescheitert ist?

Das ist ein ganz wesentlicher Punkt. Der Einsatz hat ganz offensichtlich das Ziel der Aufstandsbekämpfung und nicht den Wiederaufbau oder sonst irgendetwas in dieser Richtung. Das wird inzwischen ja auch offiziell formuliert. Insofern ist der Grundansatz, wie die Bundeswehr und die anderen Truppen dort agieren offensichtlich: Es geht darum, eine eigenständige Entwicklung in Afghanistan ohne westliches Diktat zu verhindern. Das ist der Grund, warum die Bundeswehr und anderen Truppen dort sind. Jetzt wird versucht, uns weis zu machen, dass es 2014 einen Abzug gibt, was im Grunde aber nur eine Herausbildung von afghanischen Stadthaltern für diese westlichen Interessen ist. Nämlich durch Polizisten und Militärs, die dann praktisch die Besatzungspolitik fortführen sollen. Es ist offensichtlich, dass die westlichen Staaten dort nun größere Militärbasen aufbauen. Insbesondere die USA aber auch die Bundesrepublik, die das als langfristiges Engagement haben wollen und nur einen Teil der Truppen abziehen. Das ist so ähnlich wie im Irak. Die Situation selbst wird dadurch nicht besser. Im Gegenteil wird die Gesellschaft als Ganzes durch die Besatzung unglaublich militarisiert. Deshalb ist das nur abzulehnen und die real richtigen Forderungen sind „vollständiger bedingungsloser Abzug aller Truppen“ und die Notwendigkeit einer eigenständigen Entwicklung in Afghanistan.

Vielen Dank für das Gespräch.

Studentip: Das Scheitern der US-Strategie

So mächtig die Imperialisten mit ihren waffenstarrten Eroberungs- und Besatzungskriegen auch scheinen: Ihr Problem ist, dass sie dabei gegen die Volksmassen vorgehen müssen – im eigenen Land wie in den überfallenen Ländern. Und auch die imperialistische Konkurrenz schaut dem auf Dauer nicht tatenlos zu. Über das Scheitern der US-Strategie heißt es im Buch „Morgenröte der internationalen sozialistischen Revolution“:

Keine der führenden Weltmächte kann sich heute erlauben, permanent gegen die Weltmeinung zu agieren, ohne Gefahr zu laufen, sich international zu isolieren, an Einfluss auf das internationale Geschehen zu verlieren und die gesellschaftlichen Verhältnisse im eigenen Land zu destabilisieren. So konnte der US-Imperialismus nicht 2001 Afghanistan und 2003 den Irak überfallen, ohne vorher die Weltmeinung entsprechend zu manipulieren. (...)

Dem US-Imperialismus gelang es nicht, die Weltöffentlichkeit zu überzeugen, dass der Irak mit seinen Massenvernichtungswaffen die Welt bedrohte und dass das irakische Volk von Saddam Hussein „befreit“ werden musste, damit es demokratische Verhältnisse genießen konnte. Schon der erste Termin des Kriegsbeginns, der für den 15. Februar 2003 geplant war, musste verschoben werden. Er war aufgrund einer Indiskretion bekannt geworden und weltweit gingen fast 19 Millionen Menschen in mehr als 660 Städten auf die Straße und demonstrierten für den Erhalt des Weltfriedens.

Die USA konnten zwar im Bündnis mit Großbritannien das Regime Saddam Husseins militärisch bezwingen und sich zur führenden Besatzungsmacht im Irak aufschwingen. Sie zahlten dafür aber einen hohen politischen Preis, denn die Eroberung des Irak endete im Desaster und damit scheiterte der Plan einer neuen Weltordnung unter alleiniger Führung der USA.

Der US-Imperialismus konnte weder den antiimperialistischen Widerstand in Afghanistan und im Irak brechen, noch gelang es ihm, die imperialistischen Konkurrenten in die Schranken zu weisen. Das Ergebnis waren vielmehr ein gravierender ökonomischer Rückschlag, eine Erschütterung der angemaßten globalen Führungsrolle und eine verheerende moralische Niederlage der Regierung unter George W. Bush. Die Vorherrschaft des US-Imperialismus kann nicht beliebig lange gegen den Widerstand der imperialistischen Konkurrenten durchgesetzt werden und auf Dauer auch nicht gegen die breiten Massen, die die imperialistische Aggression nicht akzeptieren wollen. George W. Bush schied als der wohl unbeliebteste US-Präsident aller Zeiten aus dem Amt, nachdem er das Ansehen der Weltmacht USA auf den Tiefpunkt gebracht hatte.

In Anbetracht dieser Entwicklung entschloss sich das US-amerikanische Finanzkapital zu einer Änderung seiner Strategie und Taktik, um seinen Masseneinfluss zurückzugewinnen und die politische Isolierung von seinen Bündnispartnern zu überwinden. Der Präsidentschaftskandidat Barack Obama bekam die erforderliche finanzielle und politische Unterstützung, sodass er den Wahlkampf mit seinen eingängigen Slogans von „Change“ (Wandel) und „Hope“ (Hoffnung) für sich entscheiden konnte.

Das US-Finanzkapital duldete sogar sein waghalsiges Versprechen, in absehbarer Zeit den Irak-Krieg zu beenden, die US-Truppen zurückzuholen und das Gefangenenlager Guantánamo auf Kuba zu schließen.

Damit trug es scheinbar dem weltweiten Linkstrend unter den Massen Rechnung. Überall reagierten die Regierungen euphorisch auf die Wahl Obamas zum neuen Präsidenten der USA, bejubelten sie als „Sternstunde der Demokratie“. Besonders im Kleinbürgertum wurden weltweit neue Hoffnungen geweckt: Auch ohne die Grundlagen der

kapitalistischen Gesellschaftsordnung anzutasten, könnte es allein durch einen Regierungswechsel einen Ausweg aus der zunehmenden Fäulnis und Dekadenz des Imperialismus geben. Gekrönt wurde der Taktikwechsel mit der Verleihung des Friedensnobelpreises 2009 an den Präsidenten Obama. Dies erfolgte allein aufgrund leerer Versprechungen, er wolle sich für eine atomwaffenfreie Welt einsetzen, und ohne dass er auch nur eins seiner vollmundigen Wahlversprechen eingelöst hätte. Der Kampf gegen den „internationalen Terrorismus“ ging indessen im Irak und in Afghanistan verschärft weiter, da der US-Imperialismus sein Streben nach Weltherrschaft niemals aufgeben wird. (S. 160–164)

Sozialismus und Krieg

Bereits der Militärwissenschaftler Carl von Clausewitz stellte fest: „Der Krieg ist die bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.“ Lenin analysierte daran anknüpfend den Imperialismus, den Kapitalismus auf der heutigen Entwicklungsstufe. Er kam zu dem Ergebnis, „daß auf einer solchen wirtschaftlichen Grundlage, solange das Privateigentum an Produktionsmitteln besteht, imperialistische Kriege absolut unvermeidlich sind.“

Stalin entdeckte, dass die ungleichmäßige Entwicklung der imperialistischen Länder immer wieder zwangsläufig zu Kriegen führen muss. Die Märkte, Rohstoffe und Absatzgebiete sind auf der Welt relativ aufgeteilt. Die wirtschaftliche und militärische Macht der verschiedenen Länder entwickelt sich aber unterschiedlich und zunehmend sogar sprunghaft. Die neuen Verhältnisse geraten in Widerspruch zur alten Aufteilung. Die imperialistischen Länder kennen keinen anderen Weg, als mittels Unterdrückung, Erpressung Gewalt und Krieg wieder ein vorübergehendes, relatives Gleichgewicht zwischen Macht und Einflussphären herzustellen.

Die Neuorganisation der kapitalistischen Produktion seit den 1990er Jahren hat das Problem der ungleichmäßigen Entwicklung sogar verschärft. Im Jahr 2009 fanden 17 größere kriegerische Auseinandersetzungen statt. 2008 hatten 137 Staaten Militär und Polizei in fremden Ländern stationiert. Es gibt es keinen anderen Weg, imperialistische Kriege und Kriegsgefahr grundsätzlich zu beseitigen, als den Imperialismus zu beseitigen.

Vereinigte sozialistische Staaten der Welt verfolgen dagegen ein grundsätzlich anderes Konzept der Entwicklung. Ausbeutung und Privateigentum an Produktionsmitteln ist beseitigt und damit auch die kapitalistische Konkurrenz um Rohstoff- und Absatzmärkte. Sie pflegen eine Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen und arbeiten gemeinsam an der planmäßigen Entwicklung aller Regionen der Welt.

Es gibt verschiedene Gründe für ein sozialistisches Land, zu den Waffen zu greifen. Ausbeutung und Unterdrückung anderer Länder gehören explizit nicht dazu. So lange es aber noch kapitalistische Länder gibt und Ausbeuter, die den Kapitalismus wiederherstellen wollen, muss ein sozialistisches Land sich und seine Verbündeten verteidigen – gegen äußere und innere Feinde. Erst wenn der Sozialismus sich weltweit durchgesetzt hat, verliert das Militär mit dem Übergang zu einer weltweiten kommunistischen Gesellschaft mehr und mehr an Bedeutung.

Von interessierter, antikommunistischer Seite wird verbreitet, dass auch sozialistische Länder Angriffs- und Eroberungskriege führen würden. Viele Menschen erinnern sich noch an den Überfall des Warschauer Pakts 1968 auf die Tschechoslowakei oder die Besetzung Afghanistans durch sowjetische Truppen von 1979 bis 1989. Beide Kriege sind allerdings gerade unübersehbares Symptom der vorherigen Zerstörung des Sozialismus. 1956 gelang es machthungrigen Bürokraten, die Führung in der Sowjetunion an sich zu

reißen. Sie stellten den Kapitalismus und damit zwangsläufig auch seine Gesetzmäßigkeiten wieder her.

Jörg Weidemann

Am Rande der Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen, die vom 4. bis 8. März 2011 in Caracas/Venezuela stattfand, wurden von Mitgliedern der MLPD und Freundinnen mit Delegationen aus 31 Ländern Interviews gemacht. Freundlicherweise wurden sie auch der Redaktion der „Roten Fahne“ zur Verfügung gestellt. In den nächsten Monaten soll in der Regel ein Interview in jeder Ausgabe veröffentlicht werden. Wir beginnen mit einem Interview mit afghanischen Delegierten.

„Ich wünsche mir, dass die Frauen bewusster werden und sich ihre Kämpfe ausbreiten“;
Interview mit Amilia und Nazima Spartak, Delegierte auf der Weltfrauenkonferenz in Caracas

Wie heißt ihr und welcher Organisation gehört ihr an?

Amilia: Ich heiße Amilia Spartak und lebe seit 18 Jahren in Deutschland. Ich kämpfe seit 44 Jahren für die Befreiung der Frau und bin in der Frauenbewegung aktiv. Seit Jahren haben wir einen Verein, der „Stimme der afghanischen Frauen in Deutschland“ heißt. Wie sind Frauen mit verschiedenen politischen Meinungen. Seit vier Jahren interessiere ich mich für den Frauenpolitischen Ratschlag und finde es gut, dass Frauen in Deutschland international für Frauenrechte zusammenarbeiten.

Nazima: Ich heiße Nazima Spartak. Ich komme auch aus Afghanistan und lebe schon lange in Deutschland. Ich gehöre zu den Frauen, die begonnen haben, in Afghanistan für Frauenrechte zu kämpfen. Dann bin ich nach Jugoslawien gegangen, um zu studieren. Nach meinem Studium musste ich vor dem Krieg in Afghanistan fliehen. Ich versuche, in Frauenorganisationen mitzuarbeiten.

Auch wenn ihr schon lange aus eurem Heimatland weg seid, könnt ihr uns trotzdem etwas zur Lage der Frauen in eurem Land sagen?

Amilia: Wir vergessen unsere Heimat nie, haben auch Heimweh. Es gibt dort 121 Frauenvereine. Viele von ihnen werden von NGOs unterstützt. Diese machen oft keine gründliche Arbeit für die Rechte der Frauen, sondern nur eine kosmetische Arbeit. Ich habe viele Kontakte mit fortschrittlichen Frauenorganisationen und Massenorganisationen. Nach zehn Jahren der Besetzung durch amerikanische Truppen ist die Situation schlechter denn je. Frauen werden gesteinigt, ihnen werden Nasen und Ohren abgeschnitten. Darüber berichten Zeitungen und das Fernsehen. Eine Frau kam nach Amerika, ihr wurde eine neue Nase gemacht. Ich finde, das ist aber auch Propaganda. Die US-Armee und die Bundeswehr sagen, es sei besser geworden in Afghanistan. Aber die Lage wird schlechter und schlechter. Ich bin froh, dass es in Afghanistan Frauenorganisationen gibt, die für Verbesserungen kämpfen. In Düsseldorf beim Frauenpolitischen Ratschlag war eine Delegation mit Dr. Alema. Sie hat dort über die Situation der afghanischen Frauen berichtet (siehe S. 27 –Anm. der Red.).

Welche Kämpfe führen die Frauen, welche Auseinandersetzungen finden statt?

Amilia: Sie geben Zeitschriften heraus und machen private Fernsehprogramme. Sie klären die Frauen über ihre Rechte auf und berichten über die Gewalt an Frauen in Afghanistan. Im Moment gibt es so viel Gewalt gegen Frauen – vielleicht auch wegen der Religion. Früher waren die Leute nicht so religiös. Das hat zugenommen und die Religion ist fanatischer geworden. Das ist jetzt anders.

Die Delegierte aus Afghanistan hat kein Visum bekommen. Woran liegt das?

Amilia: Ich habe mit Dr. Alema gesprochen. Afghanistan ist von amerikanischen Truppen besetzt und Karsai ist ebenfalls ein Vertreter Amerikas. Venezuela ist ein progressives Land und hat keine diplomatischen Beziehungen zu Afghanistan, aber zu Indien und dem Iran.

Ich habe gehört, dass es im Iran wieder Demonstrationen gibt und die Menschen nach den Aufständen in Ägypten wieder Mut fassen. Habt ihr gehört, dass das auch Auswirkungen auf Afghanistan hat.

Amilia: Ich hoffe es.

Warum seid ihr zur Weltfrauenkonferenz gekommen? Was sind eure besonderen Anliegen?

Amilia: Ich freue mich, dass nach 15 Jahren wieder Frauen aus aller Welt zusammensitzen. Denn in den letzten 15 Jahren hat sich die Welt sehr verändert. Wir leben in einer Zeit der Globalisierung. Das ist auf der einen Seite gut für die Frauen, auf der anderen Seite schlechter. Ich denke, wir können auf dieser Versammlung Lösungen für die weltweiten Probleme der Frauen suchen. Auf der anderen Seite brauchen wir eine internationale Solidarität und internationale Zusammenarbeit von Frauen. In den orientalischen Ländern ist es anders als in Europa und Amerika. Dort sind die Frauen untergeordnet, das zweite Geschlecht und haben keine Rechte. Ich denke, diese Konferenz wird einen positiven Einfluss auf die Frauenbewegung haben.

Nazima: Ich habe lange in Deutschland keinen Kontakt zu Frauenorganisationen gehabt. Dann habe ich Courage kennen gelernt und von der Weltfrauenkonferenz gehört. Ich nehme hier teil, um die Frauen aus anderen Ländern kennen zu lernen. Frauen auf der ganzen Welt haben die gleichen Probleme. Sie leiden unter der Globalisierung, unter Arbeitslosigkeit. In moslemischen Ländern werden sie unterdrückt. Wenn die Männer arbeitslos sind, werden sie noch aggressiver und die Frauen müssen darunter leiden. Ich wünsche mir, dass die Frauen bewusster werden und sich ihre Kämpfe ausbreiten, um unser Ziel zu erreichen.

Wie beurteilt ihr bisher diese Konferenz?

Amilia: Wir bereiten uns seit zwei Jahren darauf vor. Das ist viel Arbeit und ich bin zufrieden damit. Seit ich hier bin, ist eine Menge gemacht worden. Die Frauen sind jeden Tag auf die Straße gegangen mit Parolen und Flyern. Die Menschen in Caracas sind sehr interessiert und ich hoffe, dass sie hierher kommen.

Nazima: Ich habe viel für die Weltfrauenkonferenz über Facebook und Internet geworben. Ich habe gehört, dass in Kabul die Frauen zu „100 Jahre 8. März“ die Straßen sauber

machen wollen. 1964 war die erste Demonstration zum 8. März in Afghanistan mit 350 Frauen. Ich habe als Dreizehnjährige teilgenommen. Dr. Anahita hat damals die Demokratische Frauenorganisation Afghanistans gegründet. Sie lebt jetzt in Deutschland im Exil.

Welche Vorschläge habt ihr zur künftigen Koordinierung der internationalen Frauenbewegung? Was haltet ihr von dem Vorschlag zur wiederholten Durchführung solcher Konferenzen und einer koordinierenden Arbeit dazwischen?

Amilia: Nach der ersten Weltfrauenkonferenz müssen wir und die Frauen weltweit die Idee weiter verbreiten. Wir müssen weiter zusammenarbeiten. Wenn, wie in unserem Land, die Frauen nicht mitarbeiten dürfen, ist das Land gelähmt, keine Entwicklung möglich. Das ist eine großartige Erfahrung, die wir hier gemacht haben und die wir in den nächsten Tagen noch machen. Es ist wichtig, dass wir weiter machen und uns zum Beispiel alle zehn Jahre in einem anderen Land treffen. Das ist jetzt der erste Schritt.

Habt ihr einen besonderen Gruß an die deutschen Frauen? Was wünscht ihr euch von der Frauenbewegung in Deutschland?

Amilia: Ich gratuliere den deutschen Frauen zu „100 Jahre Internationaler Frauentag“. Clara Zetkin war aus Deutschland. Ohne sie hätten wir keinen 8. März. Ich wünsche, dass die deutschen Frauen diesen Tag schön feiern, auch die Frauen in meinem Land, wenn auch nur provisorisch. Wir müssen weiter kämpfen, dass dieser Tag in Afghanistan wieder seine Bedeutung erhält.

„Die Lage der Frauen in Afghanistan hat sich nicht verbessert“

Aus einem Bericht von Dr. Alema (Afghanisches Frauennetzwerk) auf der Internationalen Frauenversammlung während des 9. Frauenpolitischen Ratschlags im Oktober 2010 in Düsseldorf

In Afghanistan hat sich die Lage der Frauen nicht verbessert. Es gibt zahlreiche Vergewaltigungen und Hinrichtungen. Frauen sitzen im Gefängnis, sie suchen Schutz bei der Polizei und landen dann im Gefängnis. Die ganze Gesellschaft ist ein Hort der Gewalt. In der Gesellschaft herrscht strukturelle Gewalt. Nur 12 Prozent der Frauen können lesen und schreiben, erwerbstätig sind ebenfalls nur 12 Prozent.

Den Einsatz der ausländischen Truppen in Afghanistan kann man als gescheitert bezeichnen. Wir befinden uns in einer Sackgasse, einerseits die Taliban, andererseits die internationalen Streitkräfte. Die Frauen, die Basisarbeit leisten, haben eine „50-Prozent-Kampagne“ ins Leben gerufen. Sie haben einen Forderungskatalog: für Alphabetisierung, Mutter- und Kind-Maßnahmen usw.